

# **Adivasi-Rundbrief 40**

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. Jugendheimstr.10, 34132 Kassel Dezember 2010



QUELLE: People's March, Jan-Feb 2010

### Die Große Schlacht: Stammesangehörige gegen Großindustrie und Regierung

Wenn Groß-Investitionen anstehen, regelt die Regierung die Zusammenarbeit mit dem betreffenden Unternehmen, indem sie ein "memorandum of understanding" (MOU) mit ihm unterzeichnet. In der Regel sind die militanten Naxaliten (Maoisten) dort aktiv, wo Stammesangehörige leben. Wie viele andere auch betrachtet der Karikaturist "Operation Greenhunt" - den gewaltsamen Kampf gegen die Naxaliten - als Schaffung von "Recht und Ordnung", damit die Großindustrie freie Bahn für Investitionen und Profite hat.

## Reiches Land - arme Menschen: Adivasi sind Verlierer in Bergbau-Regionen

Überall dort, wo Bergbau in großem Stil betrieben wird, ist das Leid der Adivasi und das Ausmaß der Umweltzerstörung unvorstellbar. Gemäß den aktuellen Plänen der Zentralregierung und der Bundesstaaten wird sich dies in den nächsten Jahren eher verschlimmern. Die Zentralregierung ist momentan dabei, ein neues "Mines and Minerals (Development and Regulation) Bill" ("MMDR Act") zu formulieren. Dadurch soll das alte Gesetz von 1957, welches zuletzt 1999 geändert wurde, ersetzt werden. Das Gesetz soll helfen, die Bergbau-Aktivitäten beschleunigt auszuweiten sowie sie in einigen Bereichen zu deregulieren und zu regionalisieren. Während gegenwärtig Genehmigungen für den Bergbau auf eine Fläche von 20 Quadratkilometern beschränkt sind, soll dieses Limit in Zukunft auf das Fünffache (siehe MMDR Act, Version vom 3.Juni 2010) erhöht werden. Eine weitere Vorgabe besteht darin, daß 26 Prozent der Gewinne für die lokale Entwicklung verwendet werden müssen. Die Umweltschutz-Auflagen für den Wald sollen so sehr eingeschränkt werden, dass die Unternehmen den Abbau fast uneingeschränkt betreiben können. Der "marktwirtschaftliche Kapitalismus" wird im Bergbau somit fest verankert. Der private Sektor erhält größere Spielräume als bisher. Was die Regierungen, Behörden, Politiker und private Unternehmen durch Umgehung der Regelungen und Gesetze - insbesondere in den letzten 11 Jahren - legal und illegal praktiziert haben, könnte dann gesetzlich als "zulässig" erklärt und zur politischen Normalität werden. Die bisherigen kriminellen Praktiken beim Abbau von Rohstoffen könnten damit rechtmäßig werden.

Wie das Centre for Science and Environment (CSE), New Delhi bereits im Jahr 2008 unter dem Titel "Rich Lands. Poor People" berichtete, verursachen die Bergbauaktivitäten Vertreibungen in einem Ausmaß, welche das drei- bis vierfache im Vergleich zu allen Entwicklungsmaßnahmen zusammen darstellt: "Der Bergbau und der Abbau von Natursteinen hat große Waldflächen in unserem Land zerstört. Gemäß einer amtlichen Schätzung wurde eine Fläche von 95.003 Hektar Waldland zwischen 1980 und 2005 für den Bergbau abgezweigt. Andere Quelle sprechen von einer weit höheren Zahl von 164.610 Hektar. Diese Zahl wäre noch höher, wenn man die Verluste einbeziehen würde, als vor 1980 durch viele Kohleminen zumeist Waldland zweckentfremdet wurde. Beispiele dafür sind Hazaribagh und Dhanbad in Jharkhand sowie Burdhwan in Westbengalen".

Mit der politischen und wirtschaftlichen Neuorientierung seit 1991 fand ein grundlegender Wechsel statt - von einer "gemischten Wirtschaftsordnung" (staatliche und private Betriebe) zum marktwirtschaftlichen Kapitalismus, vom Binnenmarkt zum globalen Markt, von klein- und mittelständischen Betrieben zu Großund multinationalen Unternehmen, vom Eigenkapital zu ausländischen Direktinvestitionen, vom Vertrauen in die eigenen Kräfte ("self-reliance") zum Vertrauen in die Regelungsmechanismen des globalen Marktes ("globalreliance"), von Bedarfsorientierung zu Börsenorientierung, von Grundbedürfnissen zu Konsumorientierung.

In diesem Wandel manifestiert sich strukturelle Gewalt in verschiedenen Formen: Konflikte zwischen gesellschaftlichen oder religiösen Gruppen, soziale Aufstände und - vor allem bewaffnete Kämpfe. Die Kluft zwischen den Besitzenden der Ober- und Mittelklasse auf der einen und den Marginalisierten auf der anderen Seite ist - wie die Zahl der Privatautos auf den Straßen und die Zahl der Unterernährten auf dem Lande und in den Slums - in den letzten 15 Jahren gewachsen. Im Vergleich zu 2007 ist Indien nach dem Index für Menschliche Entwicklung (HDI) der Vereinten Nationen vom Jahr 2009 weiter zurück gefallen, von Platz 131 auf Platz 134.

Bei sämtlichen Bergbau-Aktivitäten steht "Land" im Mittelpunkt, entweder privates oder öffentliches Land oder gesetzlich geschützte Gebiete, Dörfer, Felder, Gewässer, Hügel oder Wälder. In der Regel sind es Außenstehende, die sich im Namen der Industrialisierung, Entwicklung oder "zugunsten der Nation" das Land aneignen oder es kaufen, legal oder illegal. Millionen von Menschen werden zwangsenteignet, nicht oder schlecht kompensiert und in der Regel ihrer Lebensgrundlage (materiell, sozial, religiös, kulturell) beraubt. Meistens sind es Adivasis, die Jahrhunderte auf dem betreffenden Land gelebt und die Umwelt gepflegt, geschützt und kulturell entwickelt haben. 25 der 50 Bergbau-Distrikte in Indien sind Distrikte mit einem hohen Anteil an Adivasi-Bevölkerung. Entwurzelt aufgrund der Enteignung schwanken die Betroffenen zwischen Verzweiflung und Depression oder Aggression und Gewalt. Nur wenige finden sich mit der neuen Situation zurecht und organisieren ihr wirtschaftliches und soziales Leben entweder in der Nähe der Minen oder Industrieanlagen oder in bewaffneten oder unbewaffneten Widerstandsgruppen.

"Eine der Folgen dieser unsensiblen Politik ge-Stammesangehörigen aenüber war schnelle Aufstieg der Naxaliten in den rohstoffreichen Gebieten des Landes. Ein großer Teil dieser Gebiete ist unter Kontrolle der Naxaliten. In 40 Prozent der rohstoffreichen Distrikte in den sechs führenden rohstoff-abbauenden Bundesländer ist die Naxaliten-Bewegung aktiv. [...] Die gewaltsame Opposition hat die Bergbau-Industrie schwer erschüttert. Ein Bericht der auf Risiko-Vorsorge spezialisierten Beratungsfirma Hill and Associates aus Hongkong bezeichnet die Naxaliten-Bewegung als 'ernstzunehmendes Risiko' für den laufenden Betrieb. was sich auf das Investitionsklima im Kernsektor der Rohstoffindustrie negativ auswirkt [...] Die Gefährdung durch Risiken ist dort größer, wo sich die Naxaliten den Stammesangehörigen angeschlossen haben, welche sich gegen Zwangsenteignungen aufgrund von bestimmten Projekten wehren. In Gebieten, wo die Industrialisierung in der Anfangsphase steckt, ist der Widerstand durch die Naxaliten dem Bericht zufolge - stärker. Die Bündelung der Interessen der Stammesangehörigen und der Naxaliten ist auf einen einfachen Grund zurückzuführen: Bis jetzt ist durch den Bergbau

keinerlei Wohlstand in die entsprechenden Regionen gekommen - die Naxaliten würden eher behaupten, daß der Bergbau Armut gebracht habe statt Wohlstand" (CSE [Hg.], New Delhi 2008).

Nicht nur die Polizei, sondern auch paramilitärische Kräfte und die Armee sind in großer Zahl in vielen Gegenden im Lande aktiv. Der "Feind" ist nicht außerhalb der Landesgrenze, sondern im Lande. Sonder- und Ausnahmegesetze werden aktiviert und über Jahre angewendet. Ge-

Konflikten großer Intensität und treibt den Maoisten Anhänger zu. In einigen Gegenden sind bereits 60 Prozent der Menschen unter Einfluss der Naxaliten (im Adivasidem Rundbrief 33 wird ausführlich über die Lage in Chattisgarh berichtet). Der Staat reagiert viel zu zaghaft. die legitimen und existentiellen Interessen zu schützen. Der Vertreter des Widerstandes fordern wegen gewalttätiger Auseinandersetzungen ein Moratorium für den Rohstoff-Abbau und die Erarbeitung tragfähiger



setzesverstöße dabei werden mit Notlagen gerechtfertigt. Um den gesetzlichen Auftrag, aber auch die Interessen der Kapitalisten und Unternehmen zu verteidigen, reagiert der Staat mit brutaler Gegengewalt. Die Gewaltspirale hat sich somit in den letzten Jahren deutlich erhöht und in einigen Gegenden das Ausmaß eines intensiven Guerilla-Krieges mit einer großen Anzahl von Toten und Verletzten angenommen. Ähnlich wie das Centre for Science and Environment äußern sich Adivasiauch Bindrai Organisationen wie Institute Research Study and Action (BIRSA) oder Jharkhand Mines Area Coordination Committee (JMACC) kritisch über die Entwicklung. Die zügellose Ausbeutung von Mineralien führt zu

Lösungen für die Adivasis sowie für die wirtschaftliche Entwicklung (vergleiche auch die *Anandwan Declaration*, Presseerklärung vom 2.November 2008 von Mines, Minerals and People [mm&P]).

Für einen Großteil der Adivasis ist der Begriff "Entwicklung" durch diese Art von Industrialisierung gleichbedeutend mit dem Verlust ihres Lebensraumes, Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und Verwüstung der Natur. Es wird oft suggeriert, dass Bergbau-Aktivitäten die tragfähige Entwicklung der Menschen und ihrer Region ermöglichen würden. Die Realität ist jedoch gegenteilig. Wie das CSE formuliert hat, besitzen die Adivasi zwar rohstoffreiches Land

sie sind jedoch marginalisiert und bitter arm. Bundesstaaten wie Chhattisgarh, Jharkhand und Orissa, die von Rohstoffen abhängig sind, haben ein sehr niedriges pro-Kopf-Einkommen, eine hohe Sterblichkeitsrate, Unterernährung, sogar Hungertote. Rund die Hälfte der Menschen dort lebt unter der Armutsgrenze. In Dantewada in Chhattisgarh beispielsweise haben viele Dörfer keine adäquate Infrastruktur, keine Schulen oder Gesundheitsdienste. Mit 24.5 Prozent Alphabetisierung steht Dantewada am Ende der Rangfolge aller indischen Distrikte. Die meisten Adivasi leben in bitterer Armut, werden oft von den Geldverleihern, Pächtern, korrupten Bürokraten, Forstbeamten sowie Mitarbeitern von Minengesellschaften ausgebeutet und von den Sicherheitskräften terrorisiert und misshandelt. Ihnen wird der Zugang zum Wald verwehrt, sie müssen ihre Produkte billig an Zwischenhändler und Geldverleiher verkaufen. Adivasi-Frauen werden oft sexuell missbraucht und vergewaltigt. durch Bergbau und die rohstoff-verarbeitende Industrie abgeschöpfte Mehrwert fließt nicht in die Entwicklung dieser Regionen zurück, sondern wird im hohen Grad nach woandershin abgeführt. Außenstehende bereichern sich auf Kosten der Adivasis maßlos. Das ist der Fluch des Ressourcen-Reichtums.

"Entgegen den vollmundigen Behauptungen von Industrie und Regierung scheint Bergbau nicht Wohlstand und Entwicklung nach sich zu ziehen. Tatsächlich ist es so, daß aufgrund der aktuellen Politik die Distrikte mit einem hohen Bergbau-Anteil tiefer in Armut und Not gesunken sind. Überall im Bergbau-Gürtel Indiens protestieren die Menschen gegen den Abbau von Rohstoffen. Sie wollen ihr Land nicht für den Bergbau hergeben. Abgesehen von dem falschen Versprechen, daß "Entwicklung" einkehren würde. besteht einer der wichtigen Gründe für den Widerstand darin, daß der Bergbau-Sektor bisher bei Rehabilitierung und Umsiedlung sehr schlecht abgeschnitten hat. [...] Gemäß Schätzungen für die Jahre 1950 bis 1991 wurde durch Bergbau-Projekte die zweithöchste Zahl von Menschen zwangsenteignet - ungefähr 2,55 Millionen Menschen. Bei nur 25 Prozent dieser Menschen hat man sich um eine Umsiedlung gekümmert. Ungefähr 52 Prozent aller durch den Bergbau zwangsenteigneten Menschen sind Stammesangehörige" (Centre for Science and Environment, New Delhi 2008).

Arun Kotenkar, Hans Escher Eine ausführliche Version dieses Artikels von Arun Kotenkar wird auf www.adivasikoordination de veröffentlicht.

#### Literatur

Centre for Science and Environment (Ed.), Sixth Citizens' Report [State of the Environment-6], Rich Lands Poor People: Is 'Sustainable' Mining Possible?, New Delhi 2008; Adivasi-Rundbrief 34/Mai 2009: Karanpura, Distrikt Hazaribagh, Bundesstaat Jharkhand: Kohletagebau und soziale Verantwortung; Adivasi-Rundbrief 31/Mai 2008: Uranabbau in Adivasi-Gebieten (Jadugoda, Turamidh/Banduhurang, Mahuldih); Literaturhinweis: Rakesh Kalshian (Ed.), Caterpillar and the Mahua Flower. Tremors in India's Mining Fields. Panos South Asia (PSA) New Delhi, June 2007

Neu seit Oktober 2010 auf www.adivasi-koordination.de (Dokumente-Texte) zum Download: Displaced Persons' Conference Organising Committee, ASHRA, sarini und Adivasi-Koordination in Deutschland (Eds.), 50 Years and More. Struggle for Justice at Rourkela. Proceedings of the Convention of Displaced Persons "Livelihood or Survival" at Nav Jagriti, Kalunga (near Rourkela) on 6th and 7th March 2010, sarini occasional papers no. 7, 2010, 58 Seiten

### Adivasi-Rundbrief Nr. 40, Dezember 2010

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12. Wetzlar, Tel. 35578 06441-43124, escher hallwas@freenet.de; Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft eG Frankfurt, Konto-Nr. 400 3764, BLZ 520 604 10. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift "Südasien". Sämtliche Adivasi-Rundbriefe ab 1997 sind zugänglich unter www.adivasi-koordination.de.